

Nein zu Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung

Vollstreik in der Metallindustrie – Provokation der Bosse zurückschlagen

Die provokanten Forderungen der Metallbosse zeigen: sie wollen nicht verhandeln, sie wollen erpressen. Es reicht ihnen nicht, dass sie durch die ab Januar geltende Gesundheitsreform auf unsere Kosten um 9 Milliarden entlastet werden. Die Tarifrunde soll genutzt werden, um uns weiter kräftig abzuzocken. 20 Jahre nach dem 6 Wochen langen Streik für die 35-Stunden-Woche wollen die Unternehmer das Rad der Geschichte bei der Wochenarbeitszeit zurückdrehen.

Wenn es nach den Unternehmern geht, arbeiten die MetallerInnen wieder mindestens 40 Stunden in der Woche bei 20 bis 30 Prozent weniger Lohn.

Um die Aushöhlung des Flächentarifvertrags durch betriebliche Regelungen zu erleichtern, sprich Lohn- und Arbeitszeitdumping Tür und Tor zu öffnen, wollen die Metallbosse Öffnungsklauseln durchsetzen.

Zahlreiche Ankündigungen von Angriffen vor Ort flankieren die Tarif-Offensive der Arbeitgeber: Das Bosch-Management für den Standort Leinfelden-Echterdingen bei Stuttgart will die Verlängerung der Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich und der Reduzierung von Schichtzulagen. Bei Daimler sollen 2.500 Beschäftigte sogenannter Dienstleistungsbereiche (Kantine, Logistik) einen schlechteren Tarifvertrag bekommen. In anderen Betrieben sind die Beschäftigten mit der Streichung von Pausen und dem freien Samstag konfrontiert.

IG Metall in die Offensive

Diese Provokationen müssen zurückgeschlagen und dazu die gesamte Kampfkraft genutzt werden. Fünf Millionen Arbeitslose und tägliche Ankündigungen von Arbeitsplatzvernichtung – mit ihrer Offensive in Sachen Arbeitszeitverlängerung bereiten die Unternehmer eine weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen im großen Stil vor. Nur durch eine deutliche Arbeitszeitverkürzung kann

endlich gegen die Massenarbeitslosigkeit vorgegangen werden. Nötig ist die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Die Forderung nach vier Prozent ist angesichts von Reallohnverlusten der letzten Jahre, Praxisgebühr und Zuzahlungen im Gesundheitswesen, steigenden Preisen zum Beispiel für Wohnungen und Energie und steigender Arbeitshetze schon ein Kompromiss.

Die IG Metall hat die Kampfkraft kräftige Lohnerhöhungen und kürzere Arbeitszeiten durchzusetzen. Ein bundesweiter Vollstreik in der Metallindustrie könnte Zwiebelhofer und Kannegießer in die Knie zwingen. Und an der Kampfkraft in den Betrieben für Streik fehlt es nicht.

Ein Vollstreik der IG Metall kann schnell aufzeigen, wer hier die ganze Arbeit leistet und wer den Wohlstand erwirtschaftet, den sich die Manager und Aktionäre in ihre Taschen stecken. Ein gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften gegen die Angriffe der Arbeitgeber auf Löhne und Arbeitszeiten sowie die Regierung mit ihren Attacken auf Gesundheit, Arbeitsmarkt und soziale Sicherung kann die Machtverhältnisse zugunsten der Beschäftigten grundlegend verändern.

Dazu bedarf es einer Führung, die bereit ist sich mit den Unternehmern und der Schröder-Regierung anzulegen und konsequent die Interessen der Mitglieder zu vertreten.

Statt die 35 zu verteidigen, reicht IG-Metall-Vorsitzender Peters den Bossen die Hand: Es können jetzt schon, „bis zu 18 Prozent einer Belegschaft 40 Stunden arbeiten. Das sind tarifliche Standards, die schon heute gelten. Und die IG Metall ist bereit, diese weiter zu entwickeln.“ (Jürgen Peters in der Leipziger Volkszeitung, 29. Dezember)

Bleiben Peters, Huber, Hofmann und Co bei dieser Haltung droht eine Niederlage. Sie signalisieren den Chefetagen und der Bundesregierung, dass sie zu weiteren Zugeständnissen bereit sind in Sachen Reallohnabbau, Flexibilisierung, Zeitkonten und Arbeitszeitverlängerung. Ein Kurswechsel



der IGM-Führung ist nötig.

Ostdeutschland

Der Osten soll weiter abgehängt werden. Die Pseudo-Gewerkschaft CGM (Christliche Gewerkschaft Metall) steht schon bereit, um den Arbeitgebern einen „Tarifvertrag“ mit deutlichen Einbußen für Ostdeutschland zu schenken. Denn: „Ob der Pilotabschluss

Wir laden ein

SAV

Sozialistische Alternative

Infos, Kontakt & ViSdP:
H. Dröge, c/o SAV
Littenstr. 106/107
10179 Berlin

☎ 030 / 247 238 02

übernommen wird, das wissen wir nicht“, so Peters über die Chancen der Übernahme eines Abschlusses auf Ostdeutschland. Wir wissen vorher immer, dass die Arbeitgeber uns nichts schenken wollen. Wir wissen aber auch, dass eine Gewerkschaft dafür da ist, einen gemeinsamen Kampf zu führen, um das Ausspielen der einen gegen die anderen, Ost gegen West und so weiter, zu verhindern. Wer im Osten den Flächentarifvertrag aufgibt, wird ihn auch im Westen nicht verteidigen können.

Schon der Streikabbruch im letzten Jahr bezogen auf die Ost-MetallerInnen war eine unnötige und kampflöse Niederlage. Der Streik in Ostdeutschland scheiterte nicht an der Kampfkraft der Belegschaften, sondern an der Streiksabotage aus den Reihen der Spitzenfunktionäre und Betriebsratsfürsten. Während Belegschaften zur Verteidigung der Tarifautonomie auf die Straße gegangen sind, hat die Gewerkschaftsspitze weitere Öffnungsklauseln angeboten.

Ausverkauf verhindern

Die Haltung der Gewerkschaftsführung gegenüber Unternehmern und Regierung hat zur Folge, dass sich die Herrschenden zum Klassenkampf von oben regelrecht ermutigt fühlen. Die Gewerkschaften sind in ihren fundamentalen Rechten und in ihrer Existenz bedroht.

Die IG Metall hatte die Schlüsselrolle im Kampf für die 35-Stunden-Woche. Sie hat auch eine Schlüsselrolle bei deren Verteidigung. Einem Metallstreik könnte sich ver.di anschließen mit der Forderung, die Arbeitszeitverlängerung für Beamte zurückzunehmen und die geplante Arbeitszeitverlängerung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst zu stoppen. Ein gemeinsamer Streik von IG Metall und ver.di würde das Gewicht der zwei größten Gewerkschaften der Welt in die Waagscha-

Von wegen kein Spielraum für Lohnerhöhungen: Die Vorstände der 30 größten deutschen Konzerne erhöhten sich 2002 ihre Spitzengehälter um durchschnittlich 7,4 Prozent oder 90.000 Euro. Bei Daimler bekam die Vorstandsriege gegenüber 2001 sogar ein plus von 131 Prozent. (Stuttgarter Zeitung 16.12.03). Netto bleibt noch mehr übrig. Denn die Einkommensmillionäre sind auch die Gewinner der nächsten Stufe der Steuerreform. Wer eine Million Einkommen im Jahr verdient, bekommt von der Schröderregierung mehr Steuern (67.000 Euro) geschenkt als die meisten Beschäftigten im Jahr verdienen.

Die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche würde nach Schätzungen der IG Metall mehr als 435.000 Arbeitsplätze vernichten.

le werfen. Ein solcher Streik könnte zusätzliche Durchsetzungskraft bekommen durch einen eintägigen Generalstreik aller DGB-Gewerkschaften. Nur durch solche Machtdemonstrationen können die Lohn- und Sozialräuber in den Chefetagen der Konzerne und in den Ministersesseln der Regierungen in Berlin und in den Landeshauptstädten in ihre Schranken gewiesen werden.

Um einen erneuten Ausverkauf in der Metalltarifrunde zu verhindern, muss der IG Metall-Vorstand und die Tarifkommission Druck von der Basis bekommen.

Aktive, kritische KollegInnen, Vertrauensleute und Betriebsräte sollten sich zusammenschließen und mit Initiativen von unten in die Tarifaueinandersetzung eingreifen. Über solche Zusammenschlüsse können Schritte unternommen werden um eine innergewerkschaftliche Opposition aufzubauen. Wir brauchen eine solche Opposition, um die Gewerkschaften für die Mitglieder zurückzuerobieren und um eine programmatische und personelle Alternative zur heutigen Führung aufzubauen.

Unternehmermacht brechen

Es sind nicht die Löhne und es ist nicht die 35-Stunden-Woche, die die Wirtschaft kaputtmachen. Es ist die kapitalistische Konkurrenz- und Profitwirtschaft, die uns kaputtmacht. Überkapazitäten gibt es nur aus Sicht der Unternehmer. Aus Sicht der Masse der Bevölkerung fehlen Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Universitäten, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel. Die Telekommunikationsbranche vernichtet Produktionskapazitäten, Alcatel wird platt gemacht, aber 70 Prozent der Weltbevölkerung haben keinen Zugang zu Telefonen.

Um diesen Wahnsinn zu stoppen ist es notwendig, die Diktatur der Banken und Konzerne zu brechen. Sie müssen in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Die ArbeitnehmerInnen, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum produzieren, müssen selbst über Produktion und Verteilung entscheiden.

Neue Arbeiterpartei aufbauen

Die SPD ist längst zur Unternehmerpartei geworden. Das zeigt sich an der barbarischen Gesundheits- und Rentenreform. Bis heute hat die Schröder-Regierung nicht die von Kohl vorgenommenen Verschlechterungen des § 116 AFG/ 146 SGB III (Aussperrungsparagraph) zurückgenommen. Die Gewerkschaften müssen mit der SPD brechen. Wir brauchen eine neue politische Interessensvertretung. Aus den Gewerkschaften heraus ist eine Initiative zur Gründung einer neuen Partei nötig, die dem Einheitsbrei SPD-CDU-Grünen-FDP etwas entgegen setzt und sich der kapitalistischen Kürzungs- und Kahlschlaglogik entzieht.

Unser Programm

- **Vorbereitung eines Vollstreiks in der Metallindustrie gegen die Provokationen der Arbeitgeber**
- **Die vier Prozent sind schon ein Kompromiss. Sie müssen voll durchgesetzt werden.**
- **12 Monate Laufzeit und nicht länger**
- **Nein zu Öffnungsklauseln und betrieblicher Differenzierung**
- **Gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften, die sich in Tarifaueinandersetzungen befinden**
- **Für einen eintägigen Generalstreik aller Gewerkschaften**
- **Statt Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsplatzvernichtung 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und volle Rente mit 58**
- **Ausbildungsquote von 10 Prozent und Übernahme aller Azubis in unbefristetes Arbeitsverhältnis**
- **Rücknahme der Verschlechterung des § 116 AFG/§146 SGB III (Aussperrungsparagraph)**
- **Gläserne Tarifrunden. Die Mitgliedschaft muss jederzeit wissen, was verhandelt wird. Dazu sind regelmäßige Vertrauensleute-, Mitglieder- bzw. Betriebsversammlungen zum Stand der Tarifaueinandersetzung zu organisieren.**
- **Demokratische Diskussion und Entscheidung über Kampfmaßnahmen. Kein Tarifabschluss ohne mehrheitliche Zustimmung per Urabstimmung.**
- **Wahl- und Abwählbarkeit aller FunktionärInnen und jederzeitige Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis**
- **Schluss mit Privilegien und hohen Gehältern für FunktionärInnen. Kein Gewerkschaftsvertreter darf mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Gewerkschaftsmitglieder**
- **Aufbau einer organisierten innergewerkschaftlichen Opposition mit dem Ziel eine neue programmatische und personelle Alternative zur jetzigen Führung aufzubauen.**